

## **"Planwirtschaft im Gesundheitswesen" Die Hayek-Gesellschaft kritisiert ein Übermaß an Regulierung in der Gesundheitspolitik**

Von Philip Plickert

Wie der Teufel das Weihwasser scheuen die Taktiker in CDU und CSU das Etikett "neoliberal". Dass zwischen den Vorstellungen der Union und liberalen, marktwirtschaftlichen Rezepten tatsächlich Welten liegen, zeigte sich kürzlich in Potsdam bei einer Podiumsdiskussion der Hayek-Gesellschaft zur Gesundheitspolitik. Der CDU-Obmann im Gesundheitsausschuss, Jens Spahn, traf hier auf strikt marktwirtschaftliche Wissenschaftler und Publizisten, die ihm in Wortgefechten stark zusetzten.

Der Generalvorwurf lautete, dass die Gesundheitspolitik eine "schleichende Verplanwirtschaftlichung" bedeute, so die Formulierung des Soziologen Erich Weede von der Universität Bonn. "Man will nicht die Steuerung menschlichen Verhaltens durch Anreize wahrhaben." Im Gegensatz zur Tendenz zu einer "bürokratisch reglementierten Einheitsmedizin" forderten die Mitglieder der Hayek-Gesellschaft mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitsbereich.

Für Spahn waren es unangenehme Stunden, in denen er die Gesundheitspolitik der großen Koalition verteidigen musste. Sein SPD-Ausschusskollege Karl Lauterbach hatte die Einladung der Hayek-Gesellschaft kurzfristig wieder abgesagt. Nach Ansicht Spahns ist die Gesundheitsreform zwar "keine Jahrhundertreform", doch bringe sie Ansätze zu mehr Wettbewerb. Allerdings sei die Frage der langfristigen Finanzierung des staatlichen Gesundheitswesens noch nicht geklärt. Rund 80 Prozent der Kosten entstünden mittlerweile durch chronisch Kranke, die etwa 15 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Spahn prophezeite emotionale Rationierungsdebatten. "Sind uns die zwei Monate Lebensverlängerung für einen Krebskranken 40 000 Euro wert?" Als Christdemokrat würde er "sofort ja schreien - aber wir müssen darüber debattieren".

Das Gesundheitswesen kämpft mit knappen Ressourcen. Die ökonomische Grundfrage ist: Wie werden Leistungen zugeteilt? Die Ressourcenlenkung über Marktpreise ist ausgeschaltet, stattdessen entscheiden Gremien, welche Medikamente und Therapien welchen Patienten zustehen. Der Rechtsanwalt Carlos Gebauer kritisierte staatliche Institutionen, die zu restriktiv über die Zulassung von Medikamenten und Therapien entschieden. Er hält die Gesundheitsreform für verfassungswidrig, da der Staat seiner Pflicht, Leben zu schützen, durch immer neue bürokratische Hürden nicht mehr nachkomme.

"Im Zentrum aller Bemühungen sollte der Patient stehen", betonte auch der frühere Präsident der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer, Volker Geers. Die Regulierung des Gesundheitswesens lasse den Versicherten zu wenig Wahlfreiheit. Sein Vorschlag: "Die Patienten erhalten mehr Verantwortung und dürfen viel mehr

selbst entscheiden, die Kassen beschränken sich auf reinen Risikoausgleich, und der soziale Ausgleich findet einzig und allein über das Steuersystem statt." Dem stimmte der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Daniel Bahr, zu. Die Politik müsse sich darauf beschränken, die Rahmenbedingungen zu setzen. Ansonsten aber solle sie den Bürgern mehr Freiheit lassen. Spahn dagegen erklärte, die "ganz große Mehrheit der Menschen" tue sich schwer mit der freien Wahl. Zu viele Tarife überforderten sie, so der CDU-Politiker.

Nach Ansicht Bahrs steckt das deutsche Gesundheitswesen in einer unheilvollen "Spirale aus Kostendämpfung und Staatseinfluss". Spahn stimmte zu, dass dem Gesundheitswesen derzeit ein zu enges Korsett geschnürt werde: Eigentlich sei es ein Wachstumsmarkt, der schon heute 4,2 Millionen Menschen beschäftige. Die Kostendeckelung behindere jedoch die Entfaltung, sie müsse beendet werden. Dies ginge aber nur, wenn die Versicherungsbeiträge von den Lohnkosten abgekoppelt würden. Der Soziologe Weede schätzte, dass der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt wegen der Alterung der Gesellschaft von heute etwa 10 Prozent in absehbarer Zeit auf 20 Prozent oder sogar 25 Prozent steigen werde. Dabei sei es "völlig unmöglich, ein System zu schaffen, das keine Ungleichheit schafft".